

# **N I E D E R S C H R I F T**

**über die Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr**

**am 08.07.2004**

**Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden**

---

Vorsitz :Stadtverordneter Kessler

Anwesende Ausschussmitglieder

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

---

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der

Drucksachenlisten (DL)  
Nr. 20/04

(Drucksachenband 94 )

Drucksachenlisten (DL)  
Nr.21/04

(Drucksachenband 95 )

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Beginn: 15:30 Uhr

Ende: 16:03 Uhr

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die

**Seite 2 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 08.07.2004**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Tagesordnung siehe Anlage 3

Veröffentlichung siehe Anlage 4

### **Tagesordnung**

0155 04-V-63-0004  
Errichtung eines Wohn- und Geschäftshauses in Wiesbaden, Friedrichstraße 43  
einstimmig

0156 04-V-61-0014  
Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Mainzer Straße, Bereich E, Zentraler Verwaltungsstandort" im Ortsbezirk Südost  
- Änderungs- und Entwurfsbeschluss -  
einstimmig

0157 04-V-61-0019  
Bebauungsplanentwurf "Mainzer Straße Bereich E" (Zentraler Verwaltungsstandort) im Ortsbezirk Wiesbaden Südost  
- Änderungsbeschluss und Beschluss über die öffentliche Auslegung –

#### **Änderungsantrag der Stadtverordnetenfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 8. Juli 2004**

##### **Stadtbahn und Car-Sharing für Zentralen Verwaltungsstandort (04-V-61-0019)**

Der Magistrat wird gebeten den Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 18. Mai 2004 - Nr. 0083 bzw. 0082 (Beschlussziffer 2) hinsichtlich eines kostensparenden, umwelt- und verkehrsentlastenden Konzepts für den ruhenden Verkehr – Behörden-Car-Sharing – und der schienengebundenen Anbindung für das neue Behördenzentrum in Form einer Stadtbahn im Quartiersboulevard bzw. einer eigenen Haltestelle konkret in die Sitzungsvorlage 04-V-61-0019 einfließen zu lassen.

**Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 08.07.2004**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Durch diese Maßnahme kann entweder die Zahl der notwendigen Stellplätze reduziert und/oder die errichteten Stellplatzflächen können vermietet werden.

Die Textlichen Festsetzungen sind daher in den zugeordneten Punkten Flächen für Stellplätze und Garagen (Nr. 4.1.1), Verkehrsflächen bzw. Quartiersboulevard (Nr. 6) sowie die Begründung in den Abschnitten Quartiersboulevard (Nr. 5.4.3), Ruhender Verkehr (Nr. 5.4.4), Öffentlicher Personennahverkehr Nr. 5.4.5) zu konkretisieren bzw. zu ergänzen.

Die zeichnerische Darstellung des Bbauungsplanes ist im Quartiersboulevard durch die Kennzeichnung der Stadtbahn-Trasse mit konkreten Abmessungen zu ergänzen.

---

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 05. Juli 2004**

**Zentraler Verwaltungsstandort / Einrichtung einer Arbeitsgemeinschaft „Folgenutzungen leer stehender Gebäude des Landes“**

*Der Ausschuss möge beschließen:*

Der Magistrat wird aufgefordert,

- Ein Konzept aus städtischer Sicht vorzulegen, mit dem gemeinsam mit dem Land Hessen vorrangig unter Stadtentwicklungsgesichtspunkten nachhaltige Folgenutzungen für bereits leer stehende (z.b. „Weißes Haus“) oder in naher Zukunft frei werdende (z.b. Gerichtsgebäude) Liegenschaften des Landes erarbeitet werden können.
  - Mit dem Land Hessen Verhandlungen zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft „Folgenutzungen leer stehender Gebäude des Landes“ auf der Basis dieses Konzeptes aufzunehmen.
- 

Stv. Guntrum: Die Intention des SPD-Antrages sei in Ordnung. Grundsätzlich sei dies auch der Antrag der Fraktion Bündnis90/DieGrünen, aber man wolle derzeit das Verfahren nicht belasten. Zunächst solle der Magistrat prüfen und vorlegen.

Stv. Dr. Reinhardt: In den textlichen Festsetzungen zur SV sei der wollige Schneeball als nicht giftiges Gehölz differenziert. Dies sei nicht zutreffend. Hinsichtlich der Baustruktur erfragt sie Details zu der Geschossbebauung.

Vorsitzender Kessler: Möchte den Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion ergänzt haben um das Wort „unbenutzte“ – einzufügen im 1. Absatz nach leerstehende.

Abstimmungsverhalten:

Der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP (bei Stimmengleichheit) abgelehnt.

Der Änderungsantrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion wird in der Fassung der von Vorsitzenden Kessler beantragten Änderung einstimmig angenommen.

Die Sitzungsvorlage wird einstimmig angenommen.

**Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau  
und Verkehr am 08.07.2004**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Protokollnotiz der CDU-Stadtverordnetenfraktion

Die Arbeitsgruppe bzw. das Konzept soll sich nicht nur auf Flächen des Landes beziehen. Andere große Liegenschaften sind in Betracht zu ziehen.

einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, . Juli 2004

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Kessler

Paa